

von den Ausschüttungen? Jeder Hobbyfilmer kann hochladen, was ihm beliebt. Wird der Rentner, der auf *Youtube* einen Hamsterfilm zeigt, auch von der Kulturflaute profitieren? Die Piraten, in Gestalt ihres Mitglieds Bruno Kramm, haben eine klare Antwort darauf gegeben: Ja.

Auch wenn man nicht der Elitisierung das Wort reden möchte: Die vollkommene Auflösung des Berufs »Künstler« (alle sind Künstler, niemand ist Künstler) ist sehr problematisch und vernichtet langfristig

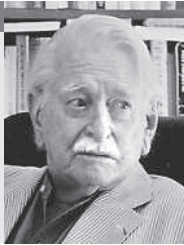
die Lebensgrundlage derer, die nicht nur Hobbies nachgehen, wenn sie dichten, filmen, Regie führen, komponieren, choreografieren.

Wenn sich Deutschland immer noch als Land der Dichter und Denker feiern und zur Zeit gern mit seiner tollen Kreativwirtschaft und seinem crazy Berlin, der Welthauptstadt der Bohemiens und Kreativen, inszenieren will, sollte es die Lebensbedingungen der Künstler auch angemessen verteidigen und verbessern. ■

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Das Willy-Brandt-Haus regiert mit

Klaus Harpprecht



(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

»Sozialdemokrat«: das war einst in Paris ein böses Schmähwort, mit dem die Intellektuellen, angeblich allesamt in der Wolle gefärbte Marxisten, die naivlinken Lakaien des Kapitalismus verächtlich machten. Umso bemerkenswerter, dass François Hollande immer wieder betont, er sehe sich genau so: als Sozialdemokrat. Und die Elite, die vor dem Ende des sowjetischen Imperiums ihre »linke« Gesinnung in einem Anfall von kollektivem Überdruß auf die Müllkippe befördert hat, nimmt am Selbstverständnis des neuen Präsidenten keinen Anstoß.

Natürlich reden sich die prominenten Drei im Willy-Brandt-Haus nicht ein, Hollande betrachte sich als einen Schüler der Deutschen. Den Teufel tut er. Der einstige Parteichef des PS wurde von Lionel Jospin geprägt, dem nationalen Etatisten, für den

die Europäische Union nicht mehr als eine höhere Stufe der klassischen Allianz souveräner Nationalstaaten war. Hollande wird über diese Beengtheit hinauswachsen. Es bleibt ihm keine andere Wahl. Wie jeder seiner Vorgänger – selbst Charles de Gaulle, der große Nationalist – und wie jeder Bundeskanzler, natürlich auch die Kanzlerin, wird er schließlich begreifen, dass sich Euroland (samt Polen) zu einer Föderation entwickeln muss, wenn es sich nicht selbst dazu verurteilen will, als Spielwiese der Finanzhasardeure und glanzlose Satelliten-Galaxie der Weltmächte ausgenutzt zu werden (was weder die französischen noch die britischen Atomraketen verhindern könnten).

Angela Merkel will ihren Sparvertrag. François Hollande fordert, zu Recht, zusätzlich ein Wachstumsprogramm, das ohne finanzielle Entlastungen nicht denkbar ist. Er verlangt auch, wiederum zu Recht, eine Transaktionssteuer, welche den Milliarden-Jongleuren ein Minimum an Kontrolle aufzwingen würde. Den deutschen Sozialdemokraten ist damit eine Vermittlerrolle zugewiesen, die de facto ein Stück Mit-Regentschaft bedeutet. Die Kanzlerin braucht die SPD (und ihre Mehrheit im

Bundesrat), wenn ihr Vertrag ratifiziert werden soll. Folglich wird sie einen Kompromiss, der den Weg zu den Eurobonds ebnet und damit in der Tat eine Solidargemeinschaft der Euroländer schafft, schließlich akzeptieren. Die Rechtslage verbietet dies? Dann muss sie geändert werden.

Es hilft nichts: Die Bundesrepublik hat mit dem Euro (zwar nicht aus voller Brust, doch deutlich genug) A, und somit Ja gesagt. Nun auch B zu sagen ist unausweichlich. Das ist die Logik der Föderation. Wer dies nicht sehen will, streut sich selber Sand in die Augen – wie nahezu die gesamte FDP, die Meisterin in der Kunst der Selbsttäuschung ist.

Ohne Zweifel waren die Deutschen, dank ihrer umsichtigen Unternehmer, ihrer einsichtigen Gewerkschafter und Gerhard Schröders hartem Reformwillen die Hauptprofiteure des Euro. Zur selben Zeit waren sie jedoch auch die (eher) unfreiwilligen Ausbeuter schwacher Mitgliedsstaaten, deren Gesellschaften sich der Windbeutelei ihrer Regierungen (und deren milliardenschweren Zuhältern) ausgeliefert hatten. Die Verantwortung für die heutige Misere tragen alle. Wer hat zum Beispiel den Griechen eingeredet, dass sie die doppelte Anzahl an Leopard-Panzern bräuchten wie die Bundeswehr – und wer hat primär daran verdient? Warum fragt danach keiner?

Es kann für die (stille) Große Koalition in Berlin nicht allzu schwierig sein, die ressentimentgeladene Behauptung zu widerlegen, sie würden künftig via Eurobonds ausgenommen wie eine geschlachtete Gans. In Wahrheit wirkte sich bisher jeder Fortschritt in der europäischen Integration zu ihren Gunsten aus. Die Freien Demokraten werden sich dieser Einsicht – wie üblich – mit zornrollenden Augen verschließen. Frau Merkel muss dem Mini-Kohl Rainer Brüderle und dem armen Rösler deutlich machen, dass Europa nicht die Firma Schlecker ist, die man – hopplahopp – über die Klinge springen lassen kann.

Im Zweifelsfall muss sie sich für Neuwahlen entschließen, bei denen sie selber vermutlich nicht ganz so hart gebeutelt würde wie die CDU in Nordrhein-Westfalen. Wäre es um die FDP, die über keinen Bundes-Lindner verfügt, tatsächlich so schade?

Es ist nicht ausgemacht, dass François Hollande die engere Einbindung in eine europäische Föderation behagt. Immerhin haben die Sozialisten im Wahlkampf ein überpatriotisches Getöse vermieden – bis auf einige nationale Maulhelden wie Arnaud Montebourg, der in der Kanzlerin den auferstandenen Bismarck zu erkennen glaubte. Der Europäer Sarkozy tönnte freilich am Ende fast chauvinistischer als die bretonische Super-Madame Marine Le Pen.

Wie europäisch ist die erste Regierung Hollande? Der Premierminister Jean-Marc Ayrault, seit mehr als einem Jahrzehnt Fraktionschef in der Nationalversammlung, ist ein ausgewiesener Kenner und Anwalt der französisch-deutschen Kooperation – und damit des Fundaments einer künftigen Föderation (Polen hinzugenommen). Seine ruhige Nüchternheit macht ihn glaubwürdig. Das Außenministerium aber eroberte Laurent Fabius: Der einst jüngste Regierungschef in der Geschichte Frankreichs (von Mitterrands Gnaden), welcher mit seinem Votum gegen die Mehrheit seiner Partei die Verfassung von Giscard d'Estaing zu Fall gebracht hat (vermutlich weil er hoffte, dass ihm eine Re-Nationalisierung des PS das Tor zur Präsidentschaft öffnen würde). Auch der Staatsminister für Europa – Bernard Cazeneuve – war ein erklärter Gegner der Verfassung. Dafür hat sich der mächtige Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici stets als ein Grundeuropäer bewährt. Doch in seiner Flanke wuselt der Aufsteiger Montebourg als Minister für das »redressement productif« – ein Fantasieamt, das der ambitionierte Genosse nutzen soll, um die Deindustrialisierung Frankreichs aufzuhalten und dessen Produktivität zu steigern – ohne an den zweifelhaften Errungenschaften

zu rühren, an denen das Land leidet: Madame Aubry's 35-Stundenwoche oder die versprochene Minderung des Rentenalters von 62 auf 60 Jahre.

Was aber wird mit der bisherigen Parteichefin Martine Aubry, der nicht nachgesagt wird, dass sie für Europa mit jener produktiven Leidenschaft kämpfe, die ihren Vater, den großen Jacques Delors, einst auszeichnete? Zwar kandidiert sie nicht für die Nationalversammlung, aber es ist deutlich genug, dass sie mit einer Führungsfunktion liebäugelt. Und Ségolène Royal? Könnte die Mutter der vier Kinder Hollandes mit der Präsidentschaft der Nationalversammlung abgefunden werden?

Die Deutschen müssen demgegenüber über so manchen Schatten springen, ehe sie dazu bereit sind, sich in eine Föderation einzufügen. Indes, der Gedanke an eine Solidargemeinschaft sollte ihnen vertraut sein: Man denke nur an den gewaltigen Finanztransfer Richtung Osten, der historisch ohne Beispiel ist. Oder an die schier

unglaubliche Tatsache, dass unser blühendes Bayernland bis in die 90er Jahre hinein im Finanzausgleich der Länder zu den Empfängern zählte. Die Griechen, notabene, sind manchem Schwaben (auch wenn sie nicht Hölderlin heißen) vielleicht sogar näher als die seltsamen Wesen, die den Bayrischen Wald bevölkern.

Auch wenn sämtliche Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes im Kopfstand mit den Beinen wirbeln: Sie werden keine schlüssige Antwort auf die Frage präsentieren, warum der Weg zur Europäischen Union (und damit manches Element einer Föderation) mit dem Grundgesetz vereinbar war – jeder weitere Schritt jedoch eine Verfassungsänderung verlange. Auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten konnte im Rahmen des Grundgesetzes vollzogen werden. Damals galt (wie heute): Ohne das vereinte Europa hätte es das vereinte Deutschland nicht gegeben – und Deutschland würde ohne Europa zugrunde gehen. ■

Olaf Schwencke

Europäischer Kulturstaat Deutschland?

Nicht Halbierung, sondern Verdoppelung des Kulturetats lautet das Gebot der Stunde

Alle aktuellen Stichworte der Politik sind hinreichend bekannt: Fiskalpakt, Sparpakete, Schuldenbremse, Euro-Rettungsschirme, Klimawandel, Energiewende etc. Mancher Beobachter, beispielsweise aus dem Nahen oder Fernen Osten, aus den USA oder China, reibt sich verwundert die Augen: War da nicht noch etwas anderes, das sich mit dem »Projekt Europa« verband?

Olaf Schwencke

war u.a. MdB, MdEP, Initiator und Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und ist Professor für Kultur-, Politik- und Europawissenschaften. Seine wichtigste Publikation: *Das Europa der Kulturen.*



Hatten sich die Europäer nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, des Holocausts und der Nazidiktatur nicht auf Frieden, Demokratie und Freiheit festgelegt und eine Werteskala der Kultur errichtet? »Wenn auch die direkten Gründe für die (angestrebte) Einheit wirtschaftlicher und politischer Natur sind, so ist doch gleichermaßen